

fridolin



waldheim zurückgetreten
apple kauft ibm
szyszkowitz gibt auf
kerner entführt
kuich geht in frühpension
kopetz geht-floyd kommt
schauer geht nach zürich

... und ist's nicht wahr, so ist es gut erfunden!

Editorial

Der fridolin ist ein Medium, das es den InformatikstudentInnen ermöglicht, ihren Meinungen Ausdruck zu verleihen und auch solche zu Wort kommen zu lassen, die nicht der etablierten Meinung nachreden. Die Grundlage dafür ist die bei uns geltende Pressefreiheit. Doch nicht in allen Bereichen der österreichischen Medienlandschaft herrscht diese Freiheit. Radio und Fernsehen sind monopolisiert. Privatsender wie etwa Radio Widerstand (101.3 MHz, Fr, 18:00 oder so) sind verboten und ihre Betreiber werden strafrechtlich verfolgt. Gottseidank geschieht das mit untauglichen Mitteln (Bei der Opernballdemo verhaftete die Staatspolizei den Fahrer eines VW-Passat, der mit "verdächtig vielen Antennen" ausgerüstet war - ein Peilfahrzeug der Post). Es ist nicht einzusehen, warum gerade diese beiden Bereiche von der Meinungsvielfalt

ausgesperrt sein sollen. Klarerweise läßt sich mit einem verstaatlichten ORF die Meinung der HörerInnen und SeherInnen gut manipulieren, und offensichtlich haben unsere Machthaberer das auch notwendig. Denn die gängigen Argumente für das Monopol ziehen schon lange nicht mehr: Die Konkurrenz gibt es heute schon durch das Kabel. Wer kabelfernsieht, empfängt bereits 13 Sender, davon 3 Private (Sat1, Superchannel, ...), was nach der Meinung eines namhaften Medienforschers bereits gegen das Gesetz verstößt. Doch der ORF setzt dem ganzen noch die Krone auf: das Wiener Lokalfernsehen soll von einigen auflagenstarken Wiener Zeitungen getragen werden. Das wäre sogar in den USA, dem Land des Privatfernsehens, bereits illegal: um Meinungsterror zu verhindern, darf ein Zeitungsverleger nicht auch noch Fernsehen oder Radio machen.

Inhalt z.B.:

Fachschafftln	4
ein Wort zum Prüfungsordner	
Datenschutz zum Selbermachen	5
eine Nachlese zum fridolin 33	
TU und Fahrrad	7
Verkehrspolitik und -philosophie	
Viele Arge Daten	10
zum Thema Datenschutz in Österreich	
Greenpeace	13
eine Umweltschutzorganisation desavouiert ihre Ziele	
Familienbeihilfe	15
mindestens schon zum 27. mal	
Technologie-Comix	16
Sperzel: BIEP!	

IMPRESSUM: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Fachschaft Informatik, 1040 Wien Karlsplatz 13. Druck Eigenvervielfältigung. Die in Artikel dieser Zeitung geäußerten Ansichten und Meinungen stimmen nicht notwendigerweise mit der Meinung der Fachschaft Informatik überein. Warnung an unkritische Leser: nicht jeder Artikel ist ernst gemeint!

POLITIK-NEIN DANKE

Nachdem sich einige wenige StudentInnen schriftlich darüber beschwert haben, daß in der Fachschaft ein Hauch von "Politik" bemerkbar war - und hoffentlich noch ist, bedarf es wohl einer kurzen Rückbesinnung, was es nun mit Universität und Politik auf sich hat.

Ist es nicht schön, daß wir auf einer Universität sitzen, fernab jeglicher Alltagspolitik, der wertfreien und ach so guten Wissenschaft dienend? Und unsere lieben Fachschaftsmitarbeiter, die sollen sich doch um die diversen Serviceleistungen, wie z.B. Prüfungsangaben, Stundenpläne... kümmern, jede "politische", und vielleicht noch gar "linke" Äußerung zu einem Thema (und sei es auch Waldheim, der uns ja natürlich überhaupt nichts angeht) gehört aber nun wirklich nicht auf eine Universität. Das überlassen wir doch lieber den Politikern, weil die verstehen was davon und werden außerdem noch dafür bezahlt.

Traurig, nicht wahr? Da gibt's also tatsächlich noch StudentInnen, die sich dagegen wehren, eine eigene Meinung zu haben, also politisch zu sein, und genau das nun auch anderen verbieten (hat das nicht auch schon etwas mit Politik zu tun, - oder doch nicht?). Hier hat die reine Servicepolitik der verschiedenen Fraktionen auf den Unis ganze Arbeit geleistet. Denn inhaltlich diskutieren tun wir ja nicht, das ist nicht unsere Sache. Nur nichts in Frage stellen, nichts kritisieren, keine Meinung äußern, und wenn, dann allerhöchstens am Stammtisch. BRAVO, BRAVO, - es lebe die Demokratie.

Nun frag ich mich, mit welchen Begriffen diese Leute das Alltagsleben auf der Uni betiteln: Die Tatsache, daß Universitäten Institutionen sind, die einer bestimmten Bildungspolitik (igitt, schon wieder) unterliegen, daß es eine Berufungspolitik gibt, daß Leute ausgebildet werden, die für sich in Anspruch nehmen, "Experten" zu werden, die im Berufsleben Entscheidungen

treffen sollen (unpolitische?) usw. usw. Mich würde außerdem noch interessieren, wie die, die sich für eine "un-



politische" Fachschaftsarbeit einsetzen, darauf reagieren, wenn sie lesen, daß ein Professor der TU im Präsidentschaftswahlkampf sich für die Kandidatur des Herrn Scrinzi eingesetzt hat und auch sonst sehr munter

seine recht(en) politischen Anschauungen in diversen Zeitungen kundtut, - und zwar als Universitätsprofessor und nicht als Privatperson. Oder ist "politisch" sein nur nicht Sache der Studenten? Wozu haben wir dann gestreikt? Wozu fordern wir Mitspracherechte? Wozu studieren wir dann?

Hoffentlich trifft jetzt niemanden der Schlag, denn jetzt wird's hochpolitisch: Es gibt einen Arbeitskreis "Technik und Faschismus" und alle, die sich dafür interessieren, sind herzlich eingeladen, mitzumachen. Auskunft in der Fachschaft.

Und jetzt wird's noch politischer: Es wird im Mai ein Veranstaltung dazu geben. Näheres erfahrt ihr noch. Und jetzt schlägt's dem Faß den Boden aus: Es soll auch untersucht werden, was auf der TU in den Jahren 1933-45 passiert ist.

Edel

DER REALISTISCHE WITZ Nr. 51:



Fachschafftln

Eigentlich sollte es bis heute jeder InformatikerIn wissen: in der Fachschaft Informatik gibt es einen Prüfungsordner, aus dem man sich zur Vorbereitung Angaben bereits stattgefundener Prüfungen holen kann (siehe Viereck). Das ist eine der unbezahlten, freiwilligen Servicearbeiten, die wir euch bieten. Offenbar freut mensch sich darüber, denn die Nachfrage ist groß, und wir sind beschäftigt.

Doch ganz so ist es ja nicht. Schließlich sind wir keine StudentInnen-

sekretärInnen (falls ihr solche sucht, sammelt Geld und bezahlt sie), sondern Studentenvertreter, die eure Rechte in Streifällen vertreten sollen. Das ist eine Heidenarbeit, und wir versuchen immer wieder, einige Ergebnisse im fridolin zu veröffentlichen. Der Löwenanteil bleibt jedoch unbemerkt.

Möglicherweise hast Du, geneigter Leser, bereits gemerkt, daß ich versuche, die Problematik des Prüfungsordners anzuschneiden: wir haben eine Menge Arbeit, und StudentInnen profitieren davon, ohne uns zu unterstützen.

Eine Möglichkeit, die ganze Sache für alle angenehmer zu gestalten, wäre,

wenn jeder Student nach einer Prüfung die Angabe in die Fachschaft bringt (z.B. in den Briefkasten wirft). So wird das Angebot billiger (keine Kopierkosten), aktueller (immer jede Menge Angaben der neuesten Prüfungen) und schließlich für uns weniger Arbeit.

Damit dieser Appell nicht ungehört verpufft, werden wir ihn in Zukunft auch mit den Prüfungsangaben verteilen.

PS: Herzlichen Danke dem Institut Prof. Brockhaus. Wir bekommen von ihm nach jeder Prüfung die übriggebliebenen Angaben. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Prüfungsangaben für Informatik, Studienplan ab 1983

- | | |
|--------|--|
| 1. Sem | Einführung in die Informatik 1 VO+UE
Einführung in das Programmieren VO+UE
Mathematik 1 VO (Baron komplett, Kaiser nur Theorie) |
| 2. Sem | Einführung in die Informatik 2 VO+UE
Elektrotechnische Grundlagen für Informatiker VO+UE
Mathematische Logik VO+UE |
| 3. Sem | Kommerzielle Datenverarbeitung VO
Formale Spezifikation und Verifikation VO+UE |
| 4. Sem | Algorithmen und Datenstrukturen VO
Prozessorrechner VO (Paul)
Rechnerarchitekturen VO+UE |
| 5. Sem | Numerische Datenverarbeitung VO+UE
Rechnernetzwerke VO+UE
Theoretische Informatik 1 VO+UE
Datenbanksysteme VO
Operations Research VO |
| 6. Sem | Theoretische Informatik 2 VO+UE
Expertensysteme VO
Statistik für Informatiker VO
Graphische Datenverarbeitung VO
Geräte für die graphische Datenverarbeitung VO
Programmiermethoden für die graph. Datenverarbeitung VO |
| sonst | Fehlertolerante Systeme VO
Problemlösung mit Mikroprozessoren
Datenschutz / Datensicherung
Funktionale Programmierung und Anwendung / AI
Wissensrepräsentation & Sprache
Planen und Suchen / AI |

Für Informatiker im alten Studienplan gibts auch noch einiges

Datentechnik

- Planungsmathematik
- Beschreibungsmethoden für Programmiersprachen
- Statistik für Datentechniker

Datenschutz zum Selbermachen

Eine Nachlese zum Artikel im letzten Fridolin (Nummer 33, Seite 15/16)

So lobenswert es zunächst ist, die hektische Oberflächlichkeit moderner Geschäftskorrespondenz mit der Ausdruckskraft karolingischer Unzialen zu kontrastieren - wie in dem Musterbrief auf Seite 16 der vorigen Nummer - einige Details des zugehörigen Artikels sind es wert, korrigiert zu werden, um den datenschutzbewussten Bürger nicht in die Irre zu geleiten.

Grundsätzlich unterscheidet der Datenjäger bei seinen Inquisitionen zwischen privaten Stellen (alle Firmen, Banken, Versicherungen, sowie Religionsgemeinschaften und andere Vereine) und öffentlichen Institutionen (Magistrat, Ämter&Behörden, Uni, Post, Porzellei und BH). Das abgedruckte Pergamentum ist ein Beispiel einer Anfrage an private Stellen, kennlich an der Beschreibung des Paragraphen fünf und zwanzig des Datenschutzgesetzes, welcher die Auskunftspflicht regelt. Bei Ämtern verschafft man sich hingegen Gehör unter Anrufung von Paragraph elf, sowie einiger niedriger Dämonen der infernalischen Sphäre zwecks Beistand.

Wer nun üppig kommentierte Computerlistings als Antwort erwartet, sei in seinem Optimismus gewarnt. Die besten Chancen auf seriöse Antwort hat man bei kleinen bis mittelgroßen Firmen mit gut funktionierender EDV (wo gibt es diese Firma, die würd' mich brennend interessieren - der Säzzer). Meist hält sich die Bereitschaft, mit den Daten herauszurücken, in Grenzen. Sie könnten ja fehlerhaft sein, das wäre für das Unternehmen peinlich; oder sie dokumentieren Einschätzungen von mitunter obskurem Wert (etwa die 'Kreditwürdigkeit' bei Banken, oder die zweifelhafte Ehre, 'Vorzugskunde' zu sein, weil man bereits mehrmals vom



selben Versandhaus erfolgreich gelegt wurde). Oder es gibt erhebliche Schwierigkeiten, weil sich im Betrieb niemand so richtig mit dem EDV-System auskennt (was in der Regel nicht zugegeben wird, weil das noch peinlicher wäre).

Nicht selten jedoch besteht die Antwort schlicht aus diesem einzigen, in schlechtem Deutsch formulierten Satz: *"Ihre Anfrage haben wir erhalten und ersuchen Sie um übermittlung des Poststückes mit der dazugehörigen Adresse, auf welches Sie sich in Ihrem Schreiben beziehen."*

Der/Die gewiefte Inquisitor/in weiß daraufhin, daß einer der großen Adressenverlage (im Business-Neudeutsch oft als 'Directmailing-Agentur' apostrophiert) hinter der Zusendung steckt - denn jede halbwegs seriöse Firma weiß im allgemeinen, wie sie Briefe schreibt. Nun aber keineswegs den ganzen Ramsch zurückschicken, schließlich hält man mit der Zusendung das einzige Beweismittel in Händen, daß man in jener Datenbank auch tatsächlich existiert! Bei spröder bis unwilliger Reaktion der Gegenseite sollte man vielmehr darauf bestehen, daß die Firma Auskunft über ihre Verarbeitungen gibt (wie da wären: Lohnbuchhaltung, Lieferantendatei, Kundendatei usw.) worauf man

dann anzugeben hat, wo man vermutlich drin ist (wird wohl hier die Kundendatei sein). Der Zugriff auf die Daten mit Name und Postleitzahl als Key ist bei funktionierender EDV dann nur mehr eine Sache von Sekunden, wie jeder weiß (ähem! da sezza).

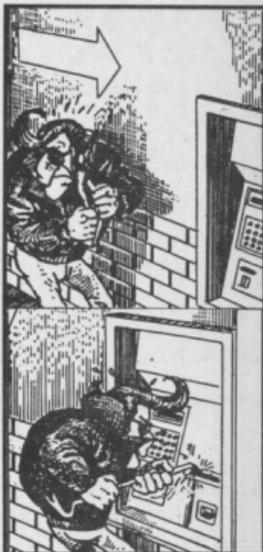
Der oben angedeutete Briefwechsel stellt jene im Gesetz zitierte "Mitwirkungspflicht des Betroffenen" dar und kann manchmal über Jahre hinweg zu einem Quell ständiger Erheiterung und Freude werden und immer wieder durch frappante Wendungen überraschen.

Menschlich verständlich, aber unakzeptabel, ist das Bestreben mancher Firmen, dem Anfragenden möglichst umfangreiche Informationen über sich selbst zu entlocken, um diese dann als Antwort auf die Datenanfrage zu präsentieren. Diese Vorgangsweise schont zwar den Computer, ist aber nicht der Sinn der Sache. Man überlege sich: eine 'personenbezogene Datenverarbeitung', bei der kein Zugriff über den Namen der Anfragenden möglich ist, verdient ihre Bezeichnung als solche nicht. Fazit: Name, Adresse und Angabe der Verarbeitung haben dort im allgemeinen zu genügen, wo dem Betroffenen die Existenz einer Kundennummer o. ä. nicht zur Kenntnis gebracht wurde (was bei Werbe-

briefchen ja meist der Fall ist).

Bei extremer Verstocktheit des befragten Unternehmens hilft allerdings nur der Gang vors Gericht (und nicht (!), wie im letzten Artikel erwähnt wurde, die Beschwerde an den Datenschutzrat. Der sonnt sich nämlich in Unzuständigkeit!). Auch wenn die Gewinnchancen durchaus realistisch sind, eiserne Nerven, gute Beratung und ein wohlgefüllter Geldsäckel zum Einstieg in diese Runde sind Voraussetzung, will man nicht wie Michael Kohlhaas dereinst, zu Flamme und Schwert greifen.

Anders bei Ämtern und Behörden: Sind diese auskunftsfaul, so kann man eine - finanziell risikolose - Beschwerde deponieren, allerdings wieder nicht beim Datenschutzrat, sondern bei der Datenschutzkommission. Worauf sich das Räderwerk der Bürokratie knirschend in Bewegung setzt; nächsthöhere Instanz ist bei abschlägiger Beurteilung der Verwaltungsgerichtshof. Der berappt die Verfahrenskosten, wenn man gewinnt, aber nur bis zu einem pauschalierten Höchstbetrag,



weil man nicht gleich mit einem teuren Staranwalt aufkreuzen sollte.

Es sei jedem selbst überlassen, bis zu welcher Runde er mithält. Die Auskunft selbst ist grundsätzlich kostenlos, man riskiert also fürs erste nur das Briefporto, und das sind die Erfahrungen, die man dabei sammelt, zweifellos wert.

Ist aber in der Öffentlichkeit erst eine gesteigerte Sensibilität zu diesem Thema vorhanden, wird sich dies wohl auch bei den datensammelnden Unternehmen in erhöhter Sorgfalt niederschlagen und den Informations hunger so mancher Stellen zügeln helfen.

Die ARGE DATEN an der TU hat sich mit den Problemen des Datenschutzes bereits intensiv befaßt und steht zum Erfahrungsaustausch gerne bereit. Kontakte sind am besten via Fachschaft anzuknüpfen.

rudolf j. vymazal

Gott Lob- der Gottlob ist da!

Vielen eigenartige Gerüchte gingen herum, was unseren neuen Datenbankler betrifft: der fridolin bringt die Wahrheit.

Er heißt also Gottlob. Und nicht Gott-hold. Seine Abteilung heißt 'Datenbanken und Expertensysteme', und das sind auch die beiden Vorlesungen, die er in Zukunft halten wird. Dabei wird die (zu Recht) vielgeschmähte Datenbanken-VO (und das Skriptum) neu konzipiert, der Stoff gekürzt und entrümpelt. Das, was wegfällt wird der bisherige Vortragende (Schrefl, siehe fridolin 33) in einer Spezialvorlesung ('Ausgewählte Kapitel aus Datenbanken' o.ä.) lesen.

Prof. Gottlob studierte in Wien (!) Informatik und Logistik. Dann arbei-

tete er an einer Universität in Italien. 1987 wurde er nach Wien berufen, wo er am 1.3.1988 seinen Dienst antrat. Seit längerer Zeit schon ist er Gastprofessor in an der Universität in Stanford in den USA.

In das Gebiet der Datenbanken gehört bekanntlich auch der Datenschutz. Und auch diesen nimmt Prof. Gottlob (gottseidank) nicht auf die leichte Schulter. So wird im nächsten Semester auf seine Einladung hin eine Gastprofessorin aus Italien eine Vorlesung zum Thema Datensicherung (in Englisch) halten.

Alles in allem ist Prof. Gottlob augenscheinlich eine Bereicherung unseres Hochschulbetriebes. Hoffentlich bleibt das so.



ES WIRD NICHT LEICHT, ETWAS CARLTON ZU FINDEN, DER UNSERER FRAGEN GEBÜHRENDE RECHNUNG TRÄGT. DER HIER VERBÜBET ES.

TU und Fahrrad

Hymne an den radelnden Studenten:

Oh, leidgeplagter Radfahrer, der Du die TU mit dem Fahrrad heimsuchest. Wehe Dir, der Du dabei auch noch in den Schranken des Rechts bleiben möchtest oder gar einen Radweg benützen möchtest. Gib auf, bevor deine Hoffnungslosigkeit Dich in unbedachte Handlungen stürzen läßt. Denn nur Gesetzlose und Geächtete werden hier einen Weg finden von einem Institut zu anderen.

Die Situation ist wahrlich fatal. Es gibt einige Radwege rund um die TU, ein ausgeklügeltes System von Einbahnstraßen verwehrt aber die Zufahrt zu den Institutsgebäuden.

Fall 1: Vom Radweg Argentinierstraße ins EI

Der Radweg in der Argentinierstraße ist der teuerste Radweg in der Geschichte der Wiener Verkehrspolitik. Daher kann man diesen Radweg ruhig als den teuersten Parkplatz Wiens bezeichnen, denn dazu wird er von den KollegInnen in den vierrädrigen Blechbüchsen gemacht. An ein zügiges Befahren dieses Radweges ist daher nicht zu denken, nicht einmal, wenn man die halbsbrecherische Umfahrung der Kirche am St. Elisabethplatz bedenkt (Radfahrer haben für die Herren Verkehrsplaner offensichtlich keine Masse und daher auch keine Trägheit derselben). Dieser Radweg nun, der eine doch recht angenehme Zufahrt zur TU ermöglicht, ist durch geschickte Wahl der Einbahnen (siehe Plan 1) fast vom EI abgeschnitten. Der kürzeste legale Weg hat etwa die neunfache (!) Länge der direkten Verbindung durch die Gußhausstraße und weist zudem noch 5 Ampeln und 2 x Linksabbiegen (mit Spurwechsel, Einordnen... das lieben die RadfahrerInnen) auf, ganz zu schweigen von dem Radwegstück Operngasse, dessen Existenz auch noch nicht bis zu den AutofahrerInnen durchgesprochen hat. Alles in allem

ein Abenteuer, das mensch sich nicht entgehen lassen darf.

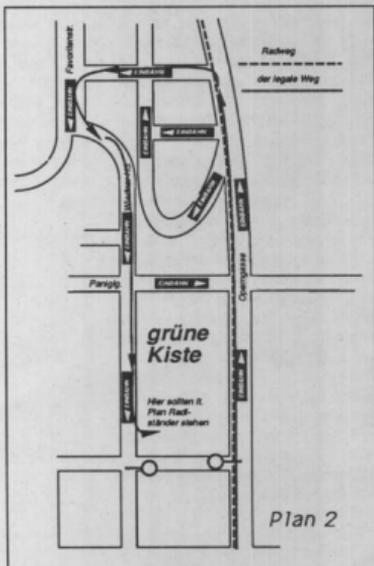
Eine Lösung wäre, von der sehr breiten Gußhausstraße einen Radfahrstreifen abzutrennen, der eine direkte Zufahrt ermöglicht. Der Aufwand wäre wirklich bescheiden (etwas gelbe Farbe, ein Tag Parkverbot, einige Stunden Arbeit).

Fall 2: Vom Radweg Oper-Operngasse zum Haupteingang Grüne Kiste

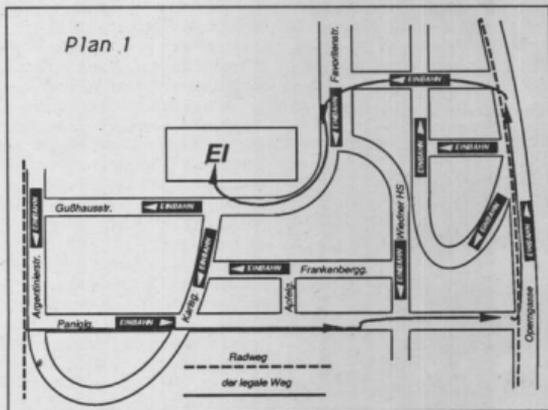
Auch der Radweg in der Operngasse ist geeignet, den Unmut der Radler zu erregen. Die AutofahrerInnen haben noch immer nicht durchschaut, daß Sie bei der Ein- und Ausfahrt in

eine Tiefgarage keineswegs den Vorrang genießen, sondern sowohl auf RadlerInnen am Gehsteig wie auch auf RadlerInnen auf dem Radweg Rücksicht nehmen müssen. Die Gefahr

liegt - wie immer - bei den schwächeren Verkehrsteilnehmern. Die Reise zum Haupteingang, neben dem sich auf den Plänen des Gebäudes noch Fahrradständer finden, die bis heute



Plan 2



Plan 1

nicht realisiert wurden, gestaltet sich wiederum zur lustigen Rundfahrt (siehe Plan 2). Die Lösung erscheint dem venünftig denkenden Menschen wieder trivial: Freigabe der Resselgasse zwischen Bibliothek und grüner Kiste für den Fahrradverkehr.

Fall 3: Von irgendwo zu den Fahrradständern vor dem Hauptgebäude. Hier wird entgültig kriminalisiert: keine legale Lösung möglich. Der (zugegeben widersinnige) Radweg durch den Resselpark lebte nur 1 Woche, um dann mit vielfachem Aufwand wieder entfernt zu werden. Dann folgten einige flugs aufgestellte Verbotsschilder, Fahrrad im roten Kreis, und schon wählte man sich des Problems entledigt. Doch außer den spielenden Kindern radeln im Resselpark nun auch die TU-StudentInnen illegal. Auf eine Lösung nach Amsterdamster Muster (dort dürfen in allen Parks RadlerInnen nach belieben strampeln, aber Fußgänger haben Vorrang) zu hoffen, war vergeblich.

Ein genauerer Blick auf das Verhältnis der Wiener Städteplaner zum Radfahren tut not, um zu verstehen, was hier passiert. Das Fahrrad war seit jeher (und ist es auch noch immer) für die Stadtverwalter ein Instrument zur sinnvolleren Gestaltung der Freizeit, eine Möglichkeit, den Infarkt zu bremsen. An den Einsatz als seriöses Verkehrsmittel wurde noch nie gedacht. Die Entwicklung der Radwege und einschlägige Aussagen der Politiker geben hiervon ein gutes Zeugnis ab: Den längsten Wiener Radweg finden wir

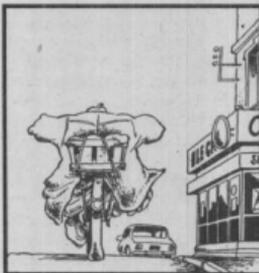
auf der Donauinsel, und ein erklärtes Ziel ist, es, die Verbindung dorthin für alle Radler möglichst bequem zu ermöglichen. Der Radweg auf dem Ring, ursprünglich ein Akt des guten Willens, ist inzwischen der unbefahrbarste Radweg Wiens. Die Markierung ist durch Abnutzung und Baubetrieb teilweise völlig verschwunden, was den Radler zum ständigen Fußgänger-



torpedo macht, der Belag ist sogar mit bequemem All Terrain Bikes manchmal unzumutbar, die Rampen auf die Gehsteige waren von Anfang an eine Riesenfrechheit, die Vorrangsituation ist ungeklärt bis katastrophal, die Autofahrer parken rücksichtslos (oder zumindest ahnungslos) auf dem Radweg, die Fußgänger finden in den Radlern einen geeigneten Sündenbock, die Radwegfläche wird im Winter zur Schneeablage, anstatt, wie gesetzlich Vorgeschrieben, geräumt zu werden, uswuswusw (seitenweise). Würde man Autofahrern so etwas zumuten? Der Ring, befahrbar mit max. 15km/h, von Fußgängern überflutet, verparkt von Autobussen und Lieferwägen, mit Schildern vor Baustellen, die zum 'AUSSTEIGEN UND SCHIEBEN' auffordern?

Niemals, tönt es entsetzt tausendfach aus den AutofahrerInnenkehlen, die ja mehr sind als die RadlerInnen. Doch so, wie man in Wien als Radfahrer behandelt wird, ist es auch kein Wunder, wenn sich die Zustände selbst erhalten. Solange Radfahrer im Verkehr als sich bewegenden Hinder-

nisse angesehen werden und nicht als gleichberechtigte, wenn auch manchmal etwas geschwindigkeitsärmere Verkehrsteilnehmer, solange wird sich nichts ändern. Doch diese Misere beginnt bereits in der Ausbildung. Vor 30 Jahren war bei der Führerschein-ausbildung noch der oberste Grundsatz: Rücksicht auf die Schwächeren, Rücksicht auf die zweirädrigen Verkehrsteilnehmer. Damals waren die Autofahrer noch nicht in der Mehrheit. Eigentlich sind sie das ja heute auch noch nicht, denn sogar im Autofahrerreichsten Bezirk, Neubau, besitzen im Schnitt nur etwa 48% der Haushalte ein Kraftfahrzeug! Doch ist zu vermuten, daß in der Regierung dieser Prozentsatz unverhältnismäßig höher ist. Daher werden klarerweise die Interessen der Autofahrer problemlos durchzusetzen sein, die der Radfahrer etwa nicht. Bei all diesen Überlegungen



wird eines klar: hier herrschen Machtverhältnisse, die sich ändern müssen. Und noch etwas wird deutlich sichtbar: Die Autofahrerlobby ist zu stark, um durch 'Naturkatastrophen' wie Rohölverknappung oder Benzinpreiserhöhung gebremst zu werden.

Was kann mensch als einzelner, geplagter Radfahrer nun tun, um dieser Veränderung unter die Arme zu greifen. Ich möchte hier keine Patentrezepte verzapfen, daher beschreibe ich meinen Radfahrstil.

Ich glaube, daß in jedem/r Autofahrer-In irgendwann der Punkt erreicht ist, an dem er/sie den Schlüssel an den Nagel



hängt und das Auto daheim läßt. Diese Grenze des Erträglichens ist bei manchen sehr hoch gesteckt (lieber eine Stunde im Stau als 10 Minuten mit der Straßenbahn), bei anderen liegt die Latte niedriger. Auf jeden Fall muß den Autofahrern das Autofahren verleidet werden. Es darf nicht angenehm sein, durch dichtbebaute Gebiete zu fahren, der Autoverkehr ist zu bremsen, wo es nur geht. Gut läßt sich das für Fußgänger an Zebrastreifen (wo sie ja bekanntlich fast uneingeschränkten Vorrang haben) verwirklichen. Die Möglichkeiten als Radler sind durch die direktere Verkehrsteilnahme jedoch vielfältiger (laß deine Phantasie spielen). Gute Hilfsmittel sind: ein breites Fahrrad (z.B. Mountain Bike), ein "Kochlöffel" (Spitzname des roten Reflektors, der, links am Gepäckträger montiert, den Abstand überholender Autos vergrößert). Gesetzlich ist der Autofahrer zu 1.5m Seitlichem Abstand beim Überholen gezwungen, und Du als Radfahrer zu einem Meter (+1 cm pro km/h über 50) Abstand nach rechts. Das heißt, daß dabei geblinkt und sogar Spur gewechselt werden muß! Ein Helm (=zusätzliche Sicherheit) läßt den Radfahrer noch respektwürdiger erscheinen. So erzeugt man Aufmerksamkeit unter den Auto-

fahrern und die kann lebensrettend sein. Tatsache ist, daß die meisten Unfälle mit RadlerInnen entstehen, weil der/die AutofahrerIn den/die sich korrekt verhaltende/e RadfahrerIn zu spät oder gar nicht bemerkt hat. Zusammenfassend läßt sich sagen: Keine Hektik, keine Panik, ruhig fahren, die Rechte nützen.

Auf diese Art erzeugt man auch gehörigen Streß unter den Extremautofahrern (diesesmal bewußt die männliche Form: siehe unten). Boshafte Bemerkung am Rande: Wer sprach da von Auslese durch Herzinfarkt? Ernst beiseite, je größer die Belastung durch das Autofahren, desto eher geben sie es auf.

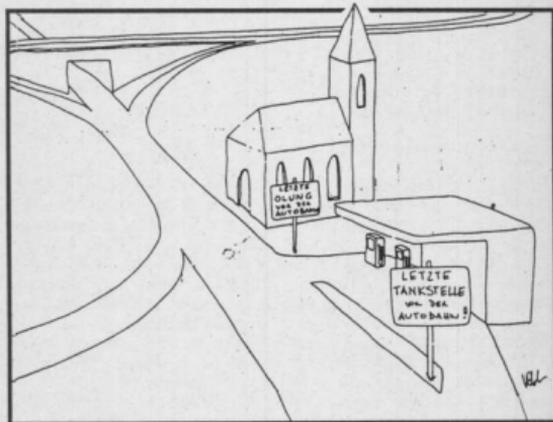
Ein Hinweis bleibt noch: es gibt auch verschiedene Organisationen der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Zum Beispiel die ARGUS (ARBEITS-GEMEINSCHAFT UmwELTfreundlicher Stadtverkehr) in der Frankenbergg. (gleich ums Eck!). Dort kann jeder nicht nur als Individuum, sondern auch als Teil einer größeren (und daher stärkeren) Interessensvertretung seinen Teil zur Veränderung beitragen.

Noch einige Worte zu den männlichen Autofahrern: Statistiken zeigen, daß Männer schlechter fahren als Frauen. Eine elf Jahre alte deutsche Studie



belegt das einwandfrei. Auch hier bei uns gibt es gewisse "Indizien" dafür. So wurde bei allen innerstädtischen "Rekordversuchen" (Rennweg: 150 km/h, Schönbrunner Schloßstr. 160 km/h, Heiligenstädterstr. 205 km/h ...) von Männern gefahren. Weitere Daten (aus PROFIL 8/88, "Auto-des Mannes Kraft oder Fahrzeug, eine Phall-studie von Bruno JASCHKE) sind erschreckend: nur ein Drittel der Assoziationen des Mannes zum Auto sind rational, und auch das nur, solange er nicht drinnen sitzt. Es ist lt. IMAS-Untersuchung im Mai '87 ein "Ausdruck jugendlicher Vitalität", wenn 40 Prozent aller unter 30jährigen bei jeder sich gebenden Gelegenheit aufs Vollgas treten! 70% der Autofahrer können es "nicht mit Gleichmut ertragen, überholt zu werden"! Jenes steirische Brüderpaar, daß sich auf der Landstraße ein Autoduell bei 200 km/h lieferte, und der Autofahrer, der einen ihn überholenden Arzt mit Revolvergeschüssen stoppen wollte, sind längst schon Verkehrsgeschichte. Doch es wird immer schlimmer. Die Zahl der schweren Unfälle nahm in den letzten Jahren überproportional zu, ebenso die der Fahrerfluchten. Dabei halten sich mehr als 3/4 aller Männer für überdurchschnittlich gute Autofahrer (statistischer Unfug).

Franz Bockelmann in seinem Aufsatz "Albtraum Auto": "Treten wir für das Auto als Pflichtbesitz jedes mündigen Erwachsenen und die Festlegung von Mindestfahrstunden pro Woche ein!".



Viele Arge Daten

Die arge Daten, die ihren Sitz hier an der TU hat, fertigt momentan eine umfangreiche Praxisstudie zum Thema Datenschutz an. Damit Hand in Hand geht eine Informationskampagne. Hier einige Highlights aus der Studie

⇨ **Jeder Österreicher ist in ca. 200 Datenbanken gespeichert.**

Laut Datenverarbeitungsregister verarbeiten 55.000 Stellen in Österreich personenbezogene Daten. Viele haben 100 und mehr Datenbanken. Die Zahl der 1987 in Österreich installierten und gewerblich genutzten Computer betrug mehr als 125.000.

Dazu Datenschutzexperte Dr. Hans G. Zeger (ARGE DATEN): "In jeder Buchhaltung, in jeder Lohnverrechnung, in jeder Kunden- und Interessentendatei werden personenbezogene Daten verarbeitet. Gemessen an den 125.000 verwendeten Computern muß von einer hohen Dunkelziffer nicht genehmigter Datenverarbeitungen gesprochen werden."

⇨ **Stetigste Zahl von Beschwerden über Datenmißbrauch**

Gemäß der letzten Auskünfte der Datenschutzkommission ist eine steigende Zahl an Beschwerden zu beobachten.

In den letzten zwei Jahren: rund 150 Beschwerden!

- 1980-85 4 Verfahren am Verfassungs-/Verwaltungsgerichtshof, in den letzten beiden Jahren rund 10 weitere Verfahren.
- 1980-85 3 Verwaltungsstrafrechtsverfahren, seither 7 weitere.

Nach der Meinung Dr. Zegers werden

"Behörden und private Unternehmen im Umgang mit Daten immer leichtsinniger. Die steigende Sensibilisierung der Bevölkerung führt dazu, daß es immer mehr Menschen als Zumutung empfinden, wenn unnötig Daten über sie gesammelt werden."

⇨ **Das sind die größten privaten Datensammler in Österreich**

Suppan, Madress, Pressel, die Adressenverlage. Mit guten Verbindungen ins Ausland und ohne Registrierung beim Datenverarbeitungsregister.

Ein Normösterreicher ist bei den Adressenverlagen für 60-90 Groschen zu haben, mehr kosten da schon illustre

sonders gut situierten Menschen für systematische Raubzüge genutzt werden. Auch für potentielle Erpresser ergäben die Privatadressen von Firmenleitern u.ä. ergiebige Informationsquellen (z.B. Postbezieher erotischer Artikel x Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft). Ganz zu schweigen von der Vielzahl dubioser Spendenvereine, die sich in das Mitleid jener Menschen einschleichen wollen, die bei den Adressverlagen als spendenfreudig registriert sind".

⇨ **Die dubiosen Quellen der Adressverlage**

Angeblieh beziehen die Adressverlage ihre Informationen aus öffentlichen Quellen. DI Weyrich der Fa. Suppan erklärte, monatlich die neuen Telefonanmeldungen von der Post zu bekommen. Die Post bestreitet dies.

Auszug aus dem Suppan-Privatadressenangebot

vorh. Anzahl

Akademiker Österreich	65739
Ärzte: Krankenhausleiter	818
Aufsichtsrat-Vorsitzende	332
Aufsichtsrat-Vors. Stellvertreter	256
Beamte des gehobenen Dienstes	16179
Bewohner von Villenvierteln (Wien)	52644
Damen in leitenden Positionen	1997
Einfamilienhausbewohner	870900
Elektronikbastler	3200
Haushalte Gesamtkollektion	2184630
Haushalte: Kaufkraftklasse I	97335
Haushalte: Kaufkraftklasse I/II	493061
Haushalte: Kaufkraftklasse II	395726
Hochschulprofessoren	1363

auf Seite 12 gehts weiter...

Persönlichkeiten wie "Führungskräfte" (\$1.40). Normale Ärzte sind ab 80 Groschen zu haben, "Chefärzte" kosten \$5.50, Waffengroßhändler \$6.60 und Erzeuger von Bestrahlungsgeräten mehr als \$23.-! Jutta Sandner dazu: "Da die Adressenverlage betonen, daß ihre Daten von jedermann gemietet werden können, können diese Adressen auch für kriminelle Aktivitäten verwendet werden können. So könnten Adressen von angeblich be-

DS-Experte Dr. Zeger: "Da aus schriftlichen Aufzeichnungen bekannt ist, daß die Adressverlage nicht nur Name und Adresse, sondern KFZ-Kennzeichen, Personenmerkmale, Titel und akademische Grade und verschiedene Verknüpfungskennzeichen sammeln, bleibt die Frage: 'Woher beziehen die Adressverlage diese Informationen?' weiterhin aufklärungsbedürftig.

◇ **Die großen Datensammler: Gemeinde Wien und Bundesrechenamt.**

Hunderte Datenverarbeitungen befinden sich alleine in ihren Rechenzentren.

Der EDV-Aufwand des Bundes beträgt rund 3 Mrd. Schilling jährlich. Einen Löwenanteil (fast ein Viertel) konsumiert das Finanzministerium (=Bundesrechenamt). Gut im Geschäft ist dabei die Firma IBM: Mehr als 50% der Hardware- und Softwareinkäufe des Bundes werden bei diesem Konzern getätigt. Rund 200 Rechenanlagen (ohne Schulen und Universitäten) mit mehr als 2500 Bildschirmen sorgen im Bundesbereich, daß der Bürger unter Kontrolle bleibt.

Vom Geschlechtskrankenregister über die Standesamtsdatei bis zu Schwarzfahrer- und Volkszählungsreklamationsdatenbank reicht das Netz der Gemeinde Wien. Jede bundesstaatliche Finanztransaktion (Finanzämter, Beihilfen, Steuern, Budget) läuft über das Bundesrechenamt. Freilich unter rechtlich verschiedenen Registrierungen, jedoch immer über ein knappes halbes Dutzend IBM-Großrechner. Für willfähige Systemtechniker wäre es kein Problem, unter veränderten politischen Bedingungen diese Daten innerhalb weniger Tage miteinander zu verknüpfen.

Im wissenschaftlichen Bereich ist IBM unterrepräsentiert. In den sensiblen Bereichen (Finanz, Polizei, Bundesheer) sind weit mehr als 50% der Großrechner von IBM. Die Praxis, im Wesentlichen nur einen Lieferanten im Großrechnerbereich (Big Blue) zuzu-lassen, führt zu einer technischen Monokultur. Datenverknüpfungen werden dadurch noch erleichtert.

◇ **Das Datenschutzgesetz - eine stumpfe Waffe**

Das DSG als stumpfe Waffe gegen Datenmißbrauch. Viele Firmen geben dürftige Auskünfte: Versicherungen (z.B. Austria Versicherung), viele Banken (Z, Ca, PSK,...). Einzelne

Auskunftssuchende wurden sogar durch die Firma CREDITREFORM bespitzelt!

Die österreichische PSK beispielsweise reagiert differenziert: Sie gibt dann Auskunft, wenn kein Konto oder nur ein Konto mit wenigen Kontobewegungen existiert. Sollte jemand über mehrere Konten verfügen, so heißt es schlicht und einfach: Datenschutzgesetz, bitte warten.

Bestimmte Informationen, z.B. Überziehungsrahmen werden überhaupt nur mündlich gegeben, obwohl das Gesetz zu schriftlicher Auskunft verpflichtet.

Dazu Frau Jutta Sandner, Mitglied des Datenschutzrates im Bundeskanzleramt: "Die derzeitige Praxis wirkt prohibitiv. Trotz der Möglichkeit einer "Gratis" auskunft erfordert die Durchsetzung des Auskunftsrechtes in jedem Einzelfall sehr viel Zeit und auch rela-



tiv hohe Kosten. Nur bei juristischer und fachlicher Kenntnis besteht derzeit die Chance, halbwegs vollständige Auskünfte zu bekommen. In 7 von 10 Fällen reagieren Firmen und Behörden nach meiner Erfahrung mit Halbwarheiten und Gesetzesverletzungen.

◇ **Suppan und die anderen Adressverlage schweigen**

Obwohl Adressverlage die größten privaten Datenverarbeiter sind, haben sie noch immer keine datenschutzrechtliche Genehmigung für ihre Verarbeitungen (bis auf seltene Aus-

nahmen). Der Grund ist, daß die Adressverlage bevorzugt ihre Personendaten ins Ausland senden wollen. Dies wird ihnen jedoch bisher nicht erlaubt.

Im Ausland können sie flexibler mit den Daten umgehen. Gemäß dem Datenschutzgesetz der BRD sind bestimmte Daten nicht geschützt, daher kann das Datenschutzgesetz nicht angewendet werden.

Es paßt in dieses Bild, daß sich Adressverlage, in einer offenkundig Abgestimmten Aktion bisher weigern, Auskünfte gemäß Datenschutzgesetz zu erteilen.

Datenschutzexperte Dr. Hans G. Zeger: "Was haben die Adressverlage zu verbergen? Warum deklarieren sie nicht, daß sie ihre Daten von DAS, Austria Versicherungen, Visuelle Individuelle Partnerschaftsanbahnung (VIO), ÖVP, Prokopp, Humboldt, HFL, Z, Rotes Kreuz, Ökologischen Vereinen (WWF; Greenpeace), Care, Pro Juventute, SOS-Kinderdorf, Diners Club, Versandhäuser, Fotolabors und Fotoketten,... verarbeiten. Bei ihnen fließen die Informationsströme über Kontakte mit diesen Firmen und Vereinen zusammen..."

Und so funktioniert das System: Adressbestände von Firmen werden mittels eines "offiziellen" Datenbestandes (Telefonbuch, Meldedatei, Wählerevidenz) von Kontroll- und Fehladressen gesäubert. Dann werden die Adressen mit zusätzlichen Vermerken versehen (z.B. hohe Bonität, hohes Einkommen, ökologisch interessiert, kauft oft über Versandhandel, hat Kinder, usw). Diese einzelnen Kundendateien werden untereinander verglichen. Kommt z.B. jemand mehrmals in verschiedenen Spendendateien vor, steigt sein "Marktwert" im Adressengeschäft. Dieser Person wird zur Zielscheibe weiterer Bettelbriefe.

◇ **Die Robinsonliste - eine Augenwischerei!**

Wer vor postalischen Werbezusendungen sicher sein wollte, konnte den

Antrag stellen, in eine "Robinsonliste" aufnehmen zu werden. Diese Liste wurde von den Adressverlagen angelegt, um jene Personen aus ihren Adressbeständen zu entfernen, die keine Zusendungen wünschen.

In Wirklichkeit geschieht das nicht! Der einzelne Robinsonbürger bleibt weiterhin in der Datei, durch ein spezielles Programm wird Sorge getragen, daß er keine Zusendungen mehr erhält. Die zentrale Erfassung bleibt jedoch bestehen.

Da diese Liste nur auf freiwilliger Basis berücksichtigt wird, bleibt der Schutz vor unliebsamen Zusendungen lückenhaft. Nur die etablierten Adressverlage fühlen sich an das Übereinkommen gebunden.

Frau Sandner dazu: "Damit entpuppt sich diese "kundenfreundliche" Aktion der Adressverlage als Pflanz. Statt in weniger Dateien ist der Einzelne in einer weiteren Datei, vielleicht sogar als auffälliger, weil mündiger Bürger registriert. Diese Situation ist unhaltbar und widerspricht dem Sinn des Datenschutzes."

⇨ Eine Datenschutzanfrage bei der Gemeinde Wien kommt teuer!

Ein Wiener ist in vielen Dateien der Gemeinde Wien gespeichert. Wenn er in Wien geboren wurde, als Wähler, wenn er eine Staatsbürgerschaft beantragt hat, wenn er verheiratet ist, falls er Kinder hat, als Bezieher von Beihilfen, als Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel, als Gemeindebediensteter, usw. Diese Daten umfassen außer den Identifikationsdaten oft auch noch Daten zum Privatleben (Freizeitgewohnheiten, Liebhabereien, Lebensgewohnheiten, Vereinszugehörigkeit), Intimdaten, Daten aus der Psyche der Person (Ergebnisse aus psychischen Tests, IQ, Abnormalitäten, Geisteszustand) ... (Aus dem Datenkatalog)

Im Durchschnitt muß mit 30-40 Datenbanken allein bei der Gemeinde Wien gerechnet werden. Das ergibt durchschnittliche Kosten:

- 4-8 Briefe (Anfragen und Urgezen), alle eingeschrieben: öS 88.- bis 176.-
- Kopierkosten für Unterlagen: öS 30.-
- Auskünfte und Unterlagen beim Datenverarbeitungsregister: öS 200.-

§11 DSGVO: Die Erteilung einer Auskunft hat kostenlos zu erfolgen, soweit sie den aktuellen Datenbestand betrifft.

§47 DSGVO: Abschriften aus dem Datenverarbeitungsregister sind kostenlos, wenn sie zur Verfolgung der Rechte als Betroffener dienen.

Dr. Zeger: "Zusammen rund öS 350.- für eine Auskunft, über die das Gesetz sagt, daß sie kostenlos ist. damit ergibt sich eine klassische österreichische Situation. Eine relativ bürgerfreundliche Gesetzgebung wird vom nachgeordneten Beamtenapparat restriktiv ausgelegt. Motto: Da könnt ja jeder kommen."

⇨ In den Betrieben herrscht In Sachen Datenschutz Anarchie

Bekannt sind jene Fälle, in denen Personalabteilung über Telefondaten-

erfassung, Personalinformationssysteme und allgegenwärtige Zeiterfassungssysteme versuchen, jeden Schritt der Mitarbeiter zu kontrollieren. Relativ neu ist das Phänomen, auch auf einfachen Kassazettel Name, Personalnummer und Familienstand der Verkäufer anzuführen.

Jutta Sandner: "Dies stellt einen vielleicht nicht rechtswidrigen, aber doch einen grob fahrlässigen Umgang mit personenbezogenen Daten dar. Junge Verkäuferinnen müssen befürchten, daß sich über den Namen jemand Telefonnummer und Adresse besorgt und sie gezielt belästigt werden. Auch ein Mißbrauch dieser Informationen Dritten gegenüber ist leicht möglich."

⇨ Das neue Datenschutzgesetz läßt viele Hintertürn offen

Seit Geltung der neuen Novelle des Datenschutzgesetzes kommen die einzelnen Firmen der Registrierungs-pflicht ihrer Datenverarbeitungen nur sehr nachlässig nach. Es werden sogenannte Standardverarbeitungen gemeldet, bei denen nicht angegeben werden muß, welche Daten tatsächlich verarbeitet werden.

Fortsetzung von Seite 9 (...aus dem Suppan-Privatadressenangebot)

Interessenten: Unfallhilfe	1700
Jagdscheinbesitzer	82000
Kulturinteressierte	1020
Kundenadressen: Exklusive Pelzmode	34000
Kundenadressen: Modehaus	18000
Kundenadressen: Reisebüro	37000
& 8 weitere Kundendateien!	
Leichtathletikinteressierte	420
Motorsportinteressierte	2650
Postkäufer: aktive Versandhauskunden	400000
Postkäufer: erotische Artikel (Familienplanung)	145000
Postkäufer: Gartenkarten	80000
Postkäufer: Gesundheit	9600
Postkäufer: GlücksspieltTeilnehmer	20000
Postkäufer: Handarbeitsbücher	51000
& etwa 20 weitere Postkäufergruppen!	
Präsidenten	175
Regierungsmitglieder: Adressen	22
Regierungsmitglieder: Privatadressen	22
Telefonteilnehmer	875000

Der Gesamtkatalog Privat sowie der Wirtschaftsadressenkatalog liegen in der Fachschaft auf!

Greenpeace - außer Kontrolle?

Wie eine Umweltschutzorganisation ihre eigenen Ziele desavouiert

Firmennamen wie NUKEM oder Transnuklear waren zu Jahresbeginn in aller Munde. Einer der bislang größten Skandale des internationalen Atomfilz zog seine Kreise. Mit mehrmonatiger Verspätung erinnerte sich denn auch die österreichische Fraktion von GREENPEACE an ihre heroischen Anfänge und verschickte Erlagschein samt Bittbrief zum Thema - und als Zugabe einen Sticker: knallgelb, das Symbol für Radioaktivität, und die Aufschrift "ausser Kontrolle".

Wer genau hinsah, bemerkte am unteren Rand das Kleingedruckte: 'Umweltfreundliche Polypropylen-folie'.

Na eh klar, ist ja schließlich eine Umweltschutzorganisation.

Jeder Schüler weiß heutzutage vom Chemieunterricht, wie der 'Beilstein-Test' funktioniert: einen Kupferdraht in der Gasflamme erhitzen (ein Feuerzeug tut's auch), damit in das verdächtige Stück Plastik hineinstecken, und wieder zurück in die Flamme. Halogenverbindungen danken dies mit einem intensiv grünen Leuchten. So etwa das Chlor im PVC - Polyvinylchlorid.

Der Kampf gegen die Chlorchemie und deren langlebige und teils hochgiftige Abfallprodukte wird als eines der zentralen Anliegen von Greenpeace vermeldet. So kritisiert man dort auch völlig zu Recht die gedankenlose Verwendung von PVC in kurzlebigen Konsumartikeln, wie Plastikstückchen, Wegwerfpackungen usw. (PVC ist bei der Verpackungsindustrie allerdings sehr beliebt, weil es sich leicht mit bunten Werbeaufdrucken versehen

läßt; der Druckvorgang ist wesentlich unkomplizierter als bei den unbedenklicheren Konkurrenten Polyäthylen und Polypropylen.)

Wahre Fans dieser Umweltorganisation machen daher mit dem Kupferdraht nicht einmal vor deren eigenen Aufklebern halt - trotz Kleingedrucktem. Und siehe da: es grünt so grün wie nur PVC-Pickerl im Feuer erglühn...

Das kann doch nicht sein - schnell noch ein paar Versuche um den Irrtum zu beweisen: PVC ist geringfügig schwerer als Wasser, also rein damit. Und es sinkt zu Boden. Vielleicht ist nur der Klebstoff schuld; also getrennt untersuchen, nochmal mit Kupferdraht - der Kleber ist harmlos, die Plastikfolie

grünt nach wie vor. Ein Stückchen fällt versehentlich in die Flamme - beißende Salzsäuredämpfe steigen in die Nase des Chemikers, trotz Schnupfen unverkennbar. Genug!

Die Greenpeace-Aktionisten werden sich schwertun, wenn sie wieder einmal etwas gegen die Chlorbrühe einer Papierfabrik unternehmen wollen und der Firmenchef von harmlosen Abwässern schwafelt. In Sachen Etikettenschwindel findet man sich schließlich in bester Gesellschaft ...

Oder wollte man hier auf raffinierte Weise das Umweltbewußtsein der Anhängerschaft testen ???

AUSSER



KONTROLLE

Umweltfreundliche Polypropylenfolie

Ein Wix kost' jetzt fast nix!

BTX und kein Ende: obwohl die Schlappe sich bereits wenige Monate nach der Einführung abzeichnete, macht die Post weiter. Beinhart. Mit allen Mitteln.

Heute gibt es etwa 5000 BTX-Teilnehmer. Angeblich bietet der BTX-Anschluß außer knallharten Daten und Abfragemöglichkeiten auch noch Information allgemeiner Art und auch Unterhaltung. Zu diesem Zweck wurde vor mehr als 2 Jahren die "Wiener Bildschirmzeitung" gegründet, die sich allerdings nur mangelnder Beliebtheit erfreute. Doch dann kam dem Betreiber, Wilmont Framta, die Idee, die seine Zeitung zur meistgesehenen Seite (!) des Bildschirmtextangebotes machte: Sex!

Das Sex-Eck in Frantas Bild-

schirmzeitung umfaßt einige hochpeinliche Angebote. So gibt es eine Peep-show, die aus drei unbeholfen gezeichneten Bilder einer nackten Frau besteht; ein Lexikon der perversen Sexualpraktiken, das außer obskuren Begriffen wie "Mammalomanie" auch noch "hilfreiche" Tips auf Lager hat ("Falls ihre Partnerin während des Geschlechtsaktes einen Scheidenkrampf bekommt und Ihr Penis steckenbleibt, führen Sie einfach zwei Finger in den After der Frau ein und der Krampf löst sich sofort"); ein Bild eines nackten Mannes, dem man per

Blank-Tastendruck einen runterholen kann; Sexwitze, die die Inkarnation der Frauenfeindlichkeit schlechthin darstellen; und viele andere sonderbare Dinge mehr.

Franta selbst stellt sich eine völlig andere Mupid-werbestrategie vor ("Mupid for fun"). In Wirklichkeit ist es jedoch so, daß ein so peinliches, schmieriges Angebot potentielle Anwender eher abstößt als anzieht.

Was uns sicherlich nicht stören wird. Denn auf ein so zentralisiertes und daher überwachbares und gleichzeitig ungläublich schlechtes Kommunikationsmedium können wir wohl verzichten.

PS: In jedem bessern Postamt steht ein öffentlich zugängliches BTX-Terminal. Gewonnen hat, wer einen Absturz produziert.

Quelle: profil 14/88.

Ein Leserbeitrag: Fantasy Interested Players

ist eine Gruppe von StudentInnen, die am Spielen von Fantasy interessiert sind. Wir spielen eine leicht veränderte Version von RuneQuest mit Zinnfiguren und Floorplans. Am Anfang war es eine reine InformatikerInnengruppe, die mittlerweile durch einige StudienkollegInnen erweitert wurde. Wir verstehen uns als Treff aller Studienrichtungen und Förderer des Spieltriebes aller TechnikstudentInnen (der ja nachweislich vorhanden ist!). Spiele aller Art (Burgfeste, Partys, Life-Role-Playing, Uniaktivitäten,...) und gute



Möglichkeit, die "kreatürlichen" Minderwertigkeiten zu vergessen, um ein anderer Mensch zu sein.

Unser Standpunkt ist Treitelstr. 3 (Porrhaus), 1.Stock, links, Adventurers Inn.

Meistens ist immer wer von uns da. Nachrichten könnt Ihr auf unserer Pinwand hinterlassen oder uns während einer unserer Sitzungen treffen (Mittwoch 15.00).

Ihr könnt uns auch, zum Kennenlernen, bei einem Spiel zusehen.

FIP



Unterhaltung sind und sehr wichtig. Was ist nun Fantasy? Man übernimmt einen fiktiven Charakter und versucht, ihn mit allen verfügbaren Mitteln (in einem gespielten Szenarium) am Leben zu erhalten. Der natürliche Gegenspieler eines Charakters (der immer mit einer ganzen Gruppe unterwegs ist) ist der Master. Er denkt sich ein Abenteuer aus und leitet das Spiel. Er muß auf alle Ideen und Einfälle der Gruppe und der Spieler eingehen und die Auswirkung auf Aktionen (meist sehr pointiert) schildern. In diesem Spiel steckt die



Familienbeihilfe, die 27.

Klappe. Sound. Action. "Schon wieder was über die Familienbeihilfe!" ächzt der geplagte Student. Doch das hier ist die ultimative Information. Prädikat Lesenswert.

Für alle, die es noch nicht wissen: Die Regelung mit der Familienbeihilfe ist nicht so aussichtslos, wie es scheint. Denn wer glaubt, daß mit 25 alles vorbei ist, der hat sich getäuscht.

Das Wissenschaftsministerium hat nämlich die Entscheidungsgewalt darüber, wie lange ein Studium im Höchstfall dauern darf, in die Hände der Studienkommissionen gelegt. Diese Entscheidung ist für den unwissenden Beamte ja wirklich sehr schwer zu treffen, für die Illuminierten der StuKo's eine Kleinigkeit, so mutmaßte man im Ministerium. Soll uns recht sein!

Die Studienkommission hat auf Antrag der StudentInnenvertreterInnen beschlossen, daß das Studium der Informatik 16 Semester dauern darf (Begründung siehe Kasten rechts). Das heißt, das mensch als InformatikstudentIn solange Kinderbeihilfe (und Freifahrt usw.) bekommt, solange er in den ersten 16 Semestern seines/ihrer Studiums ist. Wenn man also mit 18 zu Studieren beginnt, gibts das Geld bis (18+8=) 26, mensch braucht also nur noch ein Jahr glaubhaft zu machen. Das fällt den männlichen Kollegen zugegebenermaßen leichter als den Informatikstudentinnen (Zivildienst und Bundesheer gibts nur für Männer, und der Frauenanteil der HTL-Absolventen ist bekanntlich sehr niedrig). Doch nicht verzagen, Fachschaft fragen. Denn für das Engagement in der Fachschaft gibts Semester. Wer z.B. Mitglied im Fakultätskollegium ist, das 2x pro Semester tagt (und solche Leute suchen wir immer), der darf ein Semester länger studieren. Der Möglichkeiten gibt es viele, man braucht nur fragen. Soweit wäre also alles geritzt, gäbe es da nicht noch den Verwaltungsapparat. Die Ministerien sind sich über diese

Einigung nämlich gar nicht einig. Das Familienministerium will soviel Entscheidungsgewalt nicht in den Händen der UNIs sehen, und auch im Wissenschaftsministerium ist man sich nicht

ganz einig. So liegt ein (umstrittener) Erlaß vor, der sinngemäß besagt, daß die Entscheidungen der Stukos nur Entscheidungsgrundlage für eine Entscheidung des Rektors seien. Offensichtlich muß es in jeder Frage genügend viele Entscheidungsträger geben, um der Bürokratie Rechnung zu tragen. Ich glaube jedoch, daß der Rektor die Entscheidungen der Studienkommissionen durchaus als gerechtfertigt ansieht.

Top 5: Novelle zum Familienlastenausgleichsgesetz

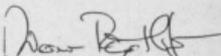
Die Studienkommission Informatik beschließt einstimmig: In der Studienrichtung Informatik erscheint eine Überschreitung der Gesamtstudiendauer gemäß §2(3) StudFG um 4 Semester (d.h. auf insgesamt 16 Semester) aus ausschließlich im Studienbereich liegenden Gründen gerechtfertigt.

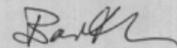
Begründung: Eine eingehende Analyse der Studienbedingungen der Studienrichtung Informatik hat ergeben, daß aufgrund der extrem stark gestiegenen Gesamtstuhlzahl im Gegensatz zu der im selben Zeitraum nur unzureichend gestiegenen Anzahl der Lehrenden eine größere Belastung für die Studierenden entstanden ist. Aufgrund der gestiegenen Anzahl der Studierenden im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Computern und Laboreinrichtungen in einigen

Lehrveranstaltungen ist eine erhöhte Belastung festzustellen; die pro Studierenden weniger zur Verfügung stehende Übungszeit wirkt sich auch in signifikant erhöhten Quoten negativer Einzelpfängerergebnisse aus.

Laut offizieller Statistik schließt etwa ein Drittel aller erfolgreichen Studierenden ihr Studium zwischen dem 12. und 16. Semester ab. Erst darüber hinaus gehende Studienzeiten können als anormal lang angesehen werden. Nach dem 7. Semester haben erst 53,2% der Studierenden den ersten Studienabschnitt beendet (nur 7,2% können die vorgeschriebenen 4 Semester einhalten). Zusätzlich muß berücksichtigt werden, daß im Jahre 1983 ein völlig neuer Studienplan in Kraft getreten ist, der generell höhere Anforderungen an die Studierenden stellt. Die sich daraus ergebende zusätzliche Erhöhung der durchschnittlichen Studiendauer ist in der Statistik, die sich noch auf den vorher gültigen Studienplan bezieht, natürlich nicht berücksichtigt.

Daher kann für Informatik-Studierende eine Studienzeit bis zu 16 Semestern als durch im Studienbereich liegende Gründe verursacht angesehen werden.


(Dr. W. Purgathofer
Schriftführer)


(O. Univ.-Prof. Dr. W. Barth,
Vorsitzender)

